

Unser Ziel bleibt: Eine Schule für Alle

Standpunkt zum Zwei-Säulen-Modell in den Schulsystemen der Länder („Zweigliedrigkeit“) aus Sicht der LINKEN

Bildungschancen sind in Deutschland so ungleich verteilt wie in keinem anderen Industrieland. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt in skandalösem Maße von ihrem sozialen Hintergrund ab. Durch das gegliederte Schulsystem wird ein Großteil der Kinder und Jugendlichen massiv benachteiligt. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der Bildungspolitik, Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem zurückzudrängen.

DIE LINKE kämpft für die Gemeinschaftsschule als Schule für alle Kinder unabhängig von Herkunft, Leistungsvermögen oder Beeinträchtigung. Längeres gemeinsames Lernen bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen bis zum Schulabschluss in einer Schule gemeinsam mit- und voneinander lernen. Wir begreifen Heterogenität als Chance für eine optimale Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen. Gleiche Möglichkeiten für Bildungsteilhabe und bestmögliche individuelle Förderung für jede und jeden sind nur in einem Bildungssystem möglich, das nicht ausgrenzt. Das entspricht auch der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der die Einführung eines inklusiven Bildungssystems gefordert wird. Für uns steht im Bereich der allgemeinbildenden Schule dafür der Begriff „Gemeinschaftsschule“. Die Gemeinschaftsschule steht nicht in Konkurrenz zur Gesamtschule, sie nimmt die dort gemachten Erfahrungen vielmehr auf.

In der bundesdeutschen Debatte ist zurzeit Bewegung in das Thema Schulstruktur gekommen. In den Ländern wurden unterschiedlich weit gehende Veränderungen in den Schulsystemen geplant oder schon in Angriff genommen. Schon seit einigen Jahren werden in einer Reihe von Ländern Haupt- und Realschulen in einer Schulform zusammengefasst. Dieser Prozess setzt sich nun in fast allen Ländern fort. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen:

Einerseits ist mit der Abnahme der Akzeptanz der Hauptschule und in Reaktion auf die verheerenden Untersuchungsergebnisse internationaler Vergleichsstudien in der Mehrzahl der Länder die Einsicht gewachsen, dass schulstrukturelle Veränderungen notwendig sind – mindestens was die Hauptschule betrifft. Diese Einsicht wird flankiert von Forderungen aus dem Bereich der Gewerkschaften, aber auch der Arbeitgeberverbände und der Bildung selbst. Kürzlich haben Schulleiter an Gymnasien gefordert, künftig neben dem Gymnasium nur noch eine Oberschule zu führen.

Andererseits gibt es eine Bewegung – repräsentiert u.a. durch die Bildungstreikbewegung, Volksinitiativen, bildungspolitische Verbände, Schulinitiativen und nicht zuletzt die LINKE - hin zu längerem gemeinsamen Lernen, die Ausdruck der wachsenden Einsicht ist, dass die Gliederung des Schulsystems nicht in der Lage ist, die Bildungsprobleme der Gesellschaft dauerhaft zu lösen und sozialen Nachteilsausgleich sowie gleiche Bildungsteilhabe wirklich zu gewährleisten. Nicht zuletzt die Unterzeichnung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Bundesregierung hat die Debatte in Deutschland befördert, auch wenn Inklusion absichtsvoll in der deutschen Fassung mit Integration übersetzt worden ist.

Ein weiterer Grund für einen verstärkten Veränderungsdruck ergibt sich aus den vielerorts sinkenden Schülerzahlen, die die Aufrechterhaltung von drei Schulformen (plus Förderschulen) nebeneinander als planerisch und aus Kostengründen nicht mehr sinnvoll erscheinen lassen. Das gilt insbesondere für die Flächenländer.

So ist das Tabu der Unveränderlichkeit der Schulstrukturen inzwischen gebrochen. Die Dreigliedrigkeit des Schulsystems aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium wird in Zukunft nur noch in Bayern die Regel sein.

Die daraus resultierenden Entwicklungen sind ambivalent und bedürfen einer differenzierten Wertung:

1. Es gibt eine Bewegung hin zur Gründung von integrativen Schulen. Die Gesamtschulbewegung in Niedersachsen ist hier beispielhaft zu nennen. Auch in NRW steigt der Trend zu Gesamtschulanmeldungen weiter an.
2. In mehreren Ländern gibt es Bemühungen um die Schaffung von Gemeinschaftsschulen, die auf die Überwindung der Gliederung des Schulsystems insgesamt gerichtet ist. Hierzu sind die Berliner Gemeinschaftsschulen zu zählen ebenso wie jene in Schleswig-Holstein und die, die in Thüringen und neuerdings auch in Sachsen-Anhalt entstehen sollen. Im Saarland sollen unter Mithilfe der LINKEN Gemeinschaftsschulen als Schulform in der Verfassung verankert werden und ab dem Schuljahr 2012/13 entstehen. In NRW beginnt ab 2011/12 der Schulversuch Gemeinschaftsschule, insbesondere im ländlichen Raum, als neue Schulform hervorgehend aus Haupt- und Realschule, aber obligatorisch mit gymnasialen Standards und der Garantie auf einen Platz in einer gymnasialen Oberstufe in der Nähe. Auch das – leider gescheiterte - Volksbegehren „Eine Schule für alle“ in Hamburg ist in diesen Zusammenhang zu stellen.
3. Weiter sind Entwicklungen in den Ländern zu beobachten, Haupt- und Realschulen - additiv oder integrativ – zur Schulform neben dem Gymnasium zusammen zu führen. Eine Entwicklung, die auch von Gymnasiallobbyisten gefordert wird. Solche Schulstrukturen sind seit etwa 20 Jahren in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu finden. Darüber hinaus gibt es sie schon länger im Saarland, inzwischen aber auch in Brandenburg (dort zu Lasten der Gesamtschule), in Mecklenburg-Vorpommern, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein. Auch diese Entwicklung wird zuweilen unter dem Label „Länger gemeinsam lernen“ verkauft. Hier sind auch die Gemeinschaftsschulen in NRW einzuordnen, die jetzt von der rot-grünen Landesregierung gefördert werden. Ähnliche Entwicklungen gibt es neuerdings auch in Niedersachsen. Hier können zukünftig sog. „Oberschulen“ als zusammengefasste Haupt- und Realschulen neben den bisher bestehenden Schulformen entstehen – in Ausnahmefällen auch mit einem Gymnasialangebot. Die Oberschulen können als zweite Säule neben dem Gymnasium die übrigen Schulformen auch ersetzen. Nur in wenigen Fällen werden die Oberschulen eine gymnasiale Oberstufe anbieten, nämlich wenn am gleichen Ort eine Gesamtschule mit Oberstufe aufgelöst wird. In einigen Ländern (Stadtstaaten: Berlin, Bremen, Hamburg) ist die Gesamtschule als Regelschulform dem Zusammenschluss von Haupt- und Realschulen zum Opfer gefallen. In Brandenburg wird ihr Bestand zumindest reduziert, in Berlin durch den Passus zur Gemeinschaftsschule aufgefangen.

4. In mehreren Ländern wird in oder über diese Schulformen ausdrücklich auch der Weg zum Abitur ohne Umwege geöffnet und Bildungsinhalte werden entsprechend angepasst. Damit ermöglichen in diesen Ländern dann alle Schulen der Sekundarstufe den direkten Weg zum Abitur. Das Monopol der Gymnasien auf das Abitur ist damit endgültig aufgehoben. Die einzige Besonderheit ist, dass das Gymnasium in der Regel nach 12 Schuljahren zum Abitur führt, während die anderen Schulformen das dreizehnte Schuljahr zwingend oder als Option implizieren. Die Möglichkeit, schon nach zwölf Schuljahren zum Abitur zu gelangen, könnte perspektivisch von der Klientel des Gymnasiums als Vorzug begriffen werden.
5. Der Volksentscheid in Hamburg gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule hat dagegen gezeigt, wie wirksam Ressentiments gegen längeres gemeinsames Lernen und integrative Schulen geschürt werden können, sobald das Gymnasium in seiner Existenz angegriffen oder nur eingeschränkt wird.

Die Zweigliedrigkeit ist kein Ziel der LINKEN

Um die ausgrenzenden Effekte des gegliederten Schulsystems zu überwinden, muss die Gliederung des Schulsystems insgesamt überwunden werden. Die Zweigliedrigkeit¹ des Schulsystems ist deshalb für die LINKE keine Zielperspektive. Das sogenannte Zwei-Säulen-Modell oder die Zweigliedrigkeit wird in der Regel auch mit der Hoffnung verbunden, das Gymnasium als besondere Schulform zu erhalten.

Eine bloße Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen lehnen wir ab. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen kann nur insoweit ein kleiner Vorteil sein, als die beiden Bildungsgänge künftig unter einem Dach unterrichtet werden und der Übergang zwischen diesen beiden Bildungsgängen womöglich erleichtert wird. Ohne gymnasiale oder wenigstens gleichwertige Standards und einen regulären Weg zum Abitur ist eine Gleichwertigkeit mit dem Gymnasium aber nicht gegeben und der Weg zur neuen Restschule vorprogrammiert.

Ein Zwei-Säulen-Modell im Schulsystem kann von uns auch darum nicht als ausreichendes Mittel gegen die Mängel des bundesdeutschen Schulsystems akzeptiert werden, weil es eine Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion nicht zulässt. Inklusion meint wirklich alle Kinder und Jugendlichen. Inklusive Bildung ist nur unter Einbeziehung gymnasialer Bildung und der Förderschulen zu machen, sonst ist es keine Inklusion, sondern Exklusion. Inklusive Bildung aber ist an Gymnasien ausdrücklich nicht umfassend vorgesehen und auch nicht möglich. Darum setzen wir weiter auf Konzepte in den Ländern, die eine Schule für alle Kinder anstreben.

Wir sehen in der derzeitigen Entwicklung die Gefahr, dass der Reformaufbruch der letzten zehn Jahre (beginnend mit der ersten PISA-Veröffentlichung), der in der bildungspolitischen Debatte zu beachtlichen gesellschafts- und bildungspolitischen Einsichten einerseits und zu erfindungsreichen Vermeidungsstrategien andererseits geführt hat (zahlreiche Programme für Nachteilsausgleich, insbesondere bei drohendem Schulversagen oder beim Übergang in den Beruf), ähnlich wie die

¹ Als Zweigliedrigkeit oder auch als Zwei-Säulen-Modell bezeichnet man ein Schulsystem, bei der neben dem Gymnasium (und den Förderschulen) nur noch eine Regelschulform für den Hauptschul- und Realschulbildungsgang besteht.

Gesamtschulbewegung der siebziger Jahre, mit dem Verweis auf einen vermeintlichen Schulfrieden ausgebremst wird. Mit der Einigung auf ein sogenanntes Zwei-Säulen-Modell könnte der Bildungsaufbruch wieder gestoppt werden und das gegliederte System mit seinen Grundfehlern erhalten bleiben.

Dennoch ist uns bewusst, dass angesichts der Mehrheitsverhältnisse in den Ländern und angesichts sehr unterschiedlicher Ausgangssituationen und schulpolitischer Entwicklungen in der Vergangenheit und auch aus Gründen fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz mitunter nur ein Weg über die Zweigliedrigkeit parlamentarisch mehrheitsfähig ist. Wir setzen uns dafür ein, dann den Weg hin zur Gemeinschaftsschule aus einem Zwei-Säulen-Modell heraus zu entwickeln. Das Zwei-Säulen-Modell kann für uns darum, wenn überhaupt, nur ein Zwischenschritt sein.

Überall dort, wo es Bewegungen zu echten Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen mit einer modernen inklusiven Pädagogik gibt, finden sie unsere Unterstützung. Dazu gehört für uns auch, dass die finanziellen, personellen und sächlichen Rahmenbedingungen für ein solches neues Bildungsverständnis gewährleistet werden müssen. Auch deshalb ist es erforderlich, die Investitionen in Bildung erheblich zu erhöhen und die pädagogische Aus- und Weiterbildung auf diese Anforderungen auszurichten.

Bedingungen an die Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt

Der Weg über ein zwei Säulen-Modell ist aus linker Sicht mindestens mit bestimmten Bedingungen zu verknüpfen. Dazu gehören u. a.:

1. die freie Anwahl der weiterführenden Schule,
2. die Pflicht, *jedes* Kind umfassend zu fördern. Eine „Abschulung“ in die nichtgymnasiale Schulform muss unterbleiben.
3. Beide Schulformen müssen zu allen Abschlüssen einschließlich des Abiturs führen.
4. Beide Schulformen müssen in Bezug auf die Bildungsstandards und die Abschlüsse, zu denen sie führen, gleichwertig sein.
5. Die Ziele der Bildungsgänge in der Sekundarstufe I werden darauf ausgerichtet, dass alle Schülerinnen und Schüler möglichst mindestens einen mittleren Schulabschluss erwerben können.
6. An allen Schulen, auch an den Gymnasien, muss es eine innere Schulreform, eine neue Kultur des Lehrens und Lernens geben. Die Inhalte der Lehrpläne und Rahmenrichtlinien für die Fächer sollen für beide Schulformen angeglichen werden.

Beispiele für Strategien der LINKEN in den Ländern

Diese Bedingungen werden zum Beispiel von der LINKEN in Berlin an die Schulreform gestellt, sie wird als Zwischenschritt eingeordnet und das Schulgesetz garantiert gleichzeitig - verkörpert durch die Gemeinschaftsschulen – eine Perspektive darüber hinaus. Das Schulkonzept der LINKEN in Sachsen-Anhalt formuliert einen detaillierten

Weg der mittelfristigen Überwindung der Gliederung des Schulsystems in der Mittelstufe. Beiden ist gemeinsam, dass als Ziel dieses Prozesses die Entwicklung von Gemeinschaftsschulen als Schule für alle Kinder steht. Dieses Ziel wurde von der Linken auch in den Landtagswahlen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vertreten. Im Saarland hat DIE LINKE mit ihrer Zusage, die Gemeinschaftsschule in der Verfassung zu verankern, die Tür zur Einführung von Gemeinschaftsschulen geöffnet, wenngleich das Konzept der Landesregierung hier bislang noch nicht zufriedenstellend ist. In Niedersachsen unterstützt DIE LINKE die Errichtung neuer Gesamtschulen, für die es ein großes Interesse gibt. Eine Zweigliedrigkeit wird von der LINKEN in Niedersachsen dagegen auch als Zwischenschritt abgelehnt. In NRW werden aus landespolitischen Gegebenheiten heraus insbesondere und vorrangig Gesamtschulinitiativen unterstützt.

Mit dem Ziel „Eine Schule für alle“ hat auch die Linke in Hamburg die vorige Landtagswahl erfolgreich bestritten. Trotzdem war es notwendig, wenn auch in dieser Frage nicht erfolgreich, dem Schwarz-grünen Senat bei der Verteidigung der sechsjährigen Primarschule zur Seite zu springen.

Es wird es erforderlich sein, bildungspolitischen Entwicklungen in den Ländern nicht nach Überschriften oder Schlagzeilen zu beurteilen, sondern differenziert und gemessen am gemeinsamen Ziel sowie den sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen zu beurteilen.

2 Anlagen

Anlage I

Regelschulformen im allgemeinbildenden Schulwesen in den Bundesländern im Primarbereich und im Sekundarbereich I

(gemäß Schulrecht 2010/11, ohne Förder- bzw. Sonderschulen)

1. Baden-Württemberg ¹	2. Bayern ²	3. Berlin	4. Brandenburg
Grundschule, 1-4 Werkrealschule und Hauptschule (5-10) Realschule (5 -10, in der Aufbauform 8-10), Gymnasium 5-12, in der Aufbauform 8-13 oder 11-13,	Grundschule 1-4 Hauptschule 5-9/10, Realschule 5-10, Gymnasium 5-12,	Grundschule 1-6, Integrierte Sekundarschule Gymnasium 7-12/13, Gemeinschaftsschulen 1-12/13 in der Pilotphase	Grundschule 1-6, Gesamtschule mit gym. Oberstufe 7-13, Gymnasium 7-12 Oberschule 7-10,
5. Bremen	6. Hamburg ³	7. Hessen ⁴	8. Mecklemburg-Vorpommern ⁵
Grundschule 1-4, Oberschule 5-10/12/13, Gymnasium 5-12,	Grundschule 1-4, Stadtteilschule 5-13 Gymnasium 5-12,	Grundschule 1-4, Förderstufe 5+6, Hauptschule 5-9/10, Realschule 5-10, Gymnasium 5-12 Gesamtschule,	Grundschule 1-4, Regionale Schule 5-10, Gymnasium 7-12, Gesamtschule 5-12
9. Niedersachsen⁶	10. Nordrhein-Westfalen ⁷	11. Rheinland-Pfalz	12. Saarland⁸
Grundschule 1-4, Hauptschule 5-9, Realschule 5-10, Gymnasium 5-12, Gesamtschule 5-12,	Grundschule 1-4, Hauptschule 5-10, Realschule 5-10, Gymnasium 5-9 (Aufbauform 7-10) + gym. Oberstufe 10-12,	Grundschule 1-4, Realschule plus 5-10 (+Fachobersch.), Gymnasium 5-12 (und 5-13), Gesamtschule 5-12 oder 5-13,	Grundschule 1-4, Erweiterte Realschule 5-10, Gymnasium 5-12, Gesamtschule 5-10

	Gesamtschule 5-10 +11-13,		
13. Sachsen	14. Sachsen- Anhalt	15. Schleswig- Holstein	16. Thüringen
Grundschule 1-4, Mittelschule 5-10, Gymnasium 5-12;	Grundschule 1-4, Sekundarschule 5- 10, Gymnasium 5-12, Gesamtschule 5-12	Grundschule 1-4; Regionalschule 5- 10 Gemeinschaftsschul e 5-10 Gymnasium 5- 12/13,	Grundschule 1-4, Regelschule 5-10, Gemeinschaftsschul e 1-12 (oder 1-10), Gymnasium 5-12,

¹Der Koalitionsvertrag sieht vor: Gemeinschaftsschule 5-10 (Änderung Schulgesetz)

² In Bayern sollen Hauptschulen auf Antrag zu Mittelschulen werden, die den Real-
schulabschluss nach der 10. Klasse anbieten.

³ Das Aufbaugymnasium (7/13) fällt künftig weg.

⁴ Ab August 2011 voraussichtlich Mittelstufenschule 5-10 auf Antrag als
Zusammenlegung von Haupt- und Realschule.

⁵ an Regionalen Schulen und an Gesamtschulen bilden die 5. Und 6. Klassen die
Orientierungsstufe.

⁶ In Niedersachsen gilt ab dem 1.8.11 ein neues Schulgesetz. Danach sollen Haupt- und
Realschulen künftig zu Oberschulen zusammengefasst werden, die auch einen
gymnasialen Bildungsgang erhalten können. Auch kooperative Gesamtschulen können
Oberschulen werden.

⁷ In NRW beginnt mit dem Schuljahr 2011/2012 ein Schulversuch mit
Gemeinschaftsschulen, die sich aus bestehenden Schulen gründen oder
zusammenschließen können und ebenfalls den Weg zum Abitur öffnen.

⁸ Nach einer entsprechenden Verfassungsänderung sollen im Saarland
Gemeinschaftsschulen als Schulen, die neben dem Gymnasium zum Abitur führen
eingerrichtet werden.

Anlage II

Vergleich der Bundesländer nach Abschlussarten Absolventenquote 2009 nach Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (aus: Bildungsstatistik der Kultusministerkonferenz 2001-2009)

Bundesland	Ohne HS	Mit HS	Mittlerer Ab	FHS-Reife**	HS-Reife
BW	5,7	29,4	41,4	0,1	25,2
By	6,0	26,6	43,0	0,0	22,5
BER	10,4	22,5	36,0	-	34,2
BRB	11,0	20,0	34,2	-	36,3
BREM	7,4	23,0	52,6	-	33,7
HH	8,2	18,4	27,3	2,3	37,2
HE	7,2	22,2	45,6	1,9	27,8
MV	14,1	11,9	38,2	2,0	25,9
NDS	6,2	16,7	45,3	1,1	23,8
NRW	6,5	20,3	43,4	3,5	31,3
RP	6,9	22,9	40,2	1,7	26,8
SAAR	6,6	28,0	31,6	0,9	48,8
SN	11,2	11,0	50,9	-	28,3
ST	12,3	15,0	43,6	2,2	25,2
SWH	7,1	28,8	36,9	1,6	25,7
TH	9,4	16,2	45,2	-	31,2
gesamt	7,0	22,4	42,4	1,4	27,9

** Die Möglichkeit des Erreichens der Fachhochschulreife ist in den Ländern gesetzlich unterschiedlich geregelt.

Erläuterung:

Neue Bundesländer **Höchster Wert** **Niedrigster Wert**

Kursiv-fett: Länder mit zusammengelegten Haupt- und Realschulen seit Anfang der 90er Jahre

Fazit

Die Zahlen aus Erhebungen der KMK zu erreichten Abschlüssen belegen, dass die erreichten Ergebnisse in den Ländern die seit Beginn der 90er Jahre mit zusammengelegten Haupt- und Realschulen arbeiten (Schulen mit mehreren Bildungsgängen neben dem Gymnasium und den Sonder- bzw. Förderschulen: Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) keine signifikant besseren Bildungsergebnisse nach Abschlüssen erzielen als die Länder mit getrennten Haupt- und Realschulen. Die Zahl der Absolventen ohne Abschluss ist sogar in allen diesen Ländern vergleichsweise hoch.

Die Zusammenlegung der Bildungsgänge folgt vermutlich mehr vordergründigen bildungsökonomischen Gründen als bildungspolitischen. Eine wesentliche Verbesserung der Bildungsmisere, eine Aufhebung der deutlichen Benachteiligungen ist durch diesen Schritt nicht zu erwarten, wenngleich die Zusammenlegungen partiell auch mit anderen Schulkonzepten versehen werden, die auf eine Verringerung der SchulabgängerInnen ohne Abschluss zielen, nicht aber von vornherein auf eine Verbesserung des Anteils mit höheren Bildungsabschlüssen. So laufen die neuen Schulformen Gefahr statt der Hauptschule zur neuen Restschule zu werden. Die Forderungen der LINKEN sind darum eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz dieses Weges als Zwischenschritt zu längerem gemeinsamen Lernen für alle.